



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,  
Kinder, Familie  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 23.06.2021

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie  
am Mittwoch, 30. Juni 2021, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

**HINWEIS: Es wird empfohlen, während der gesamten Sitzung einen medizinischen Mund-Nase-Schutz zu tragen.**

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 05.05.2021

2. 21-A-79-0003

**ANLAGE**

Wahl von 4 Vertreter:innen des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie für die Jury des Wiesbadener Integrationspreises

**3. Inklusive Stadtgesellschaft**  
- Präsentation des Dezernates VI -

**4. 21-F-55-0011**

Unterbringung von Geflüchteten  
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 23.06.2021 -

Der Ausschuss wolle beschließen:  
Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Wie viele Geflüchtete leben in der Landeshauptstadt Wiesbaden und wie ist deren derzeitige Situation? (Schule/Kita/Sprachförderung/Wohnsituation/etc.)
2. Gibt es in jeder Unterbringungseinrichtung geeignete Räume für Sprachkurse, Kinderbetreuung, Begegnung und als Ort der Ruhe?
3. Sind die Unterkünfte mit geeigneten Freizeitmöglichkeiten (z.B. Spielplatz) ausgestattet?
4. Gibt es Konzepte für die verbindliche Förderung und Einbeziehung bürgerlichen Engagements durch die Landeshauptstadt Wiesbaden bei der Integration von Geflüchteten?
5. Besteht ein regelmäßiger Dialog zwischen dem Flüchtlingsrat und dem Magistrat?
6. Gibt es Pläne zur Förderung der Selbstbestimmung von Geflüchteten? Zum Beispiel durch die Etablierung von Geflüchteten sprecher\*innen in den Einrichtungen.
7. Wie lange laufen die derzeit gültigen Mietverträge der Flüchtlingsunterkünfte? Wie hoch ist der Mietpreis der Unterkünfte? Wer ist Eigentümerin/Vermieterin dieser Unterkünfte? Gibt es Pläne zur Veränderung der Wohnsituation der Geflüchteten (z.B. Neubauten, Schließungen usw.).
8. Gibt es in allen Flüchtlingsunterkünften gültige Brandschutzkonzepte?
9. Gibt es in allen Unterkünften Schutzkonzepte, die die besonderen Schutzbedürfnisse von Frauen und Kindern berücksichtigen?
10. Werden Kontrollen des Gesundheitsamtes (hygienische Bedingungen, Feuchtigkeitsschäden) durchgeführt? Gibt es Schimmelbefall in den Unterkünften? Wenn ja: Sind Maßnahmen gegen den Schimmelbefall in Unterkünften geplant?
11. Gibt es gültige Mindeststandards für die Unterbringung von Geflüchteten? Wenn ja: Wie sehen diese aus? Wenn nein: Wieso nicht?
12. Welche Konzepte nutzt der Magistrat um die Willkommenskultur in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu stärken? Patenprogramme oder ähnliches geplant?

13. Gibt es Pläne die Geflüchteten zukünftig dezentral Unterzubringen? Wenn ja: Wie sehen diese Pläne aus? Wenn nein: Wieso nicht?  
Wie viel würde eine dezentrale Unterbringung kosten? Wie viel kostet uns die Unterbringung in Massenunterkünften?
14. Inwieweit werden geflüchteten Schüler\*innen digitale Endgeräte zur Verfügung gestellt, welche für die gleichberechtigte Teilnahme am Unterricht erforderlich sind?
15. Stehen Schüler\*innen in den Unterkünften ausreichend geeignete Arbeitsplätze mit entsprechender technischer Ausstattung und Internetzugang zur Verfügung?
16. Wie wird mit freien Räumlichkeiten in den Unterkünften verfahren? Werden diese genutzt um den dort lebenden Menschen mehr Freiräume zu gewähren?
17. Wie ist die Situation Geflüchteter mit geregelter Aufenthaltsstatus und von Selbstzahler\*innen in den Unterkünften? Wie hoch belaufen sich die Kosten für letztgenannten Personenkreis?

**5. 21-F-55-0012**

**ANLAGE**

Ausbau des Kinderspielplatzes Siegfried-Kunze-Weg (Am Wald)  
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 23.06.2021 -

Der oben genannte Kinderspielplatz ist in einem traurigen Zustand. Dort steht lediglich eine einzelne, kleine Wippe (siehe Bilder im Anhang), welche schon mehrere Jahrzehnte alt ist. Im Sinne der vielen dort lebenden Kinder und Familien, ist eine Steigerung der Attraktivität dieses Spielplatzes dringend geboten.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

der Magistrat möge dafür Sorge tragen, dass der Kinderspielplatz am Siegfried-Kunze-Weg (Am Wald) modernisiert und mit Spielgeräten ausgestattet wird.

**6. 21-F-55-0013**

Kostenlose Toiletten für Wiesbaden  
- Antrag der Fraktion Die Linke vom 23.06.2021 -

Die WC-Benutzung ist ein soziales Menschenrecht. Sie darf nicht am Geldbeutel oder fehlendem Kleingeld scheitern. Besonders an Verkehrsknotenpunkten, Plätzen mit großer Fluktuation an Fußgängern, sowie in Parks und auf Spielplätzen sollte es kostenlose Toilettenhäuschen geben.

Sie ermöglichen allen Menschen den längeren Aufenthalt im Freien und fördern somit das soziale Miteinander der Menschen. Gerade für Wohnungslose und Bezieher\*innen von Sozialleistungen ist der Preis von 50 Cent pro Toilettenbesuch nicht zumutbar.

Es sind aber eben diese Bevölkerungsgruppen, die auch nicht die Möglichkeit haben, in Gaststätten auszuweichen oder in Kaufhaustoiletten, die längst ebenso hohe Gebühren verlangen. Zudem sind Frauen von Toilettennutzungsgebühren besonders betroffen. Eine geschlechtsspezifische Diskriminierung sollte aber auch im Bereich der Bedürfnisanstalten vermieden werden. Besonders schwangere Frauen haben einen höheren Bedarf an öffentlich zugänglichen Toiletten.

Menschen mit einer Blasenschwäche oder mit Inkontinenz werden im alltäglichen Leben eingeschränkt, da für sie das Vorhandensein von Toiletten essenziell für ihre Lebensqualität ist. Sie planen ihre Wege oft so, dass sie Toiletten erreichen können. Hier würde eine vermehrte Aufstellung zu einer Steigerung der Lebensqualität der Menschen führen. Auch ältere Menschen und kleine Kinder würden hiervon enorm profitieren. Durch eine verbesserte Erreichbarkeit von kostenlosen Toiletten wird auch „Wildpinkeln“ stark reduziert, was Reinigungsarbeiten verringert, das Ordnungsamt entlastet und die olfaktorische Belastung an Bahnhöfen und anderen betroffenen Orten deutlich verringert.

Es gehört zur staatlichen Daseinsfürsorge aller Menschen, egal welcher Nationalität, welchen Geschlechts oder welcher Klasse sie angehören, den kostenfreien Toilettenbesuch zu ermöglichen.

Die Periode und der Bedarf an Monatshygieneartikeln sind Teil des Alltags von Menstruierenden. Die kostenlose Bereitstellung von Menstruationsprodukten stellt eine Bereicherung und Erleichterung für menstruierende Personen dar. Außerdem leistet sie einen Beitrag zur Entstigmatisierung der Periode.

Nicht zuletzt bietet die Bereitstellung eine Entlastung für Frauen und Mädchen aus einkommensschwachen Familien und mindert Mehrkosten, die menstruierende Personen für ihre Periode zahlen müssen.

Der Ausschuss wolle deshalb beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten:
  - a. Wo, innerhalb der LHW, befinden sich derzeit öffentliche Toiletten und wer betreibt diese?
  - b. Wie lange laufen die Verträge mit den privaten Betreiber\*innen und wann können diese gekündigt werden?
  - c. Was kostet die Nutzung dieser Toiletten?
2. Der Magistrat wird beauftragt, in Verhandlungen mit den Betreibern (Wall AG und Hering Unternehmensgruppe) der öffentlichen Toiletten in Wiesbaden die Frage der Zugänglichkeit für wirtschaftlich Benachteiligte oder wohnungslose Bürger\*innen mit aufzunehmen und ein Verfahren zu entwickeln, das ihnen eine kostenfreie Nutzung der Toiletten ermöglicht.
3. Der Magistrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit den Ortsbeiräten, dem Seniorenbeirat und dem Arbeitskreis der Wiesbadener Behindertenorganisationen und Interessensgemeinschaft Behinderter (AK) zu prüfen, wo in Wiesbaden kostenlose Toiletten eingerichtet werden können. Dabei sollten die Orte im Vordergrund stehen, die durch „wildes Urinieren“ im Verruf sind und wo es somit einen unmittelbaren Bedarf gibt. Möglicherweise kann dies auch über eine Bürgerbefragung eruiert werden.

4. Der Magistrat wird beauftragt, keine neuen Verträge mit privatwirtschaftlichen Toilettenbetreibern abzuschließen. Stattdessen soll die Stadt Wiesbaden selbst für die Aufstellung und Wartung der Toiletten sorgen. Ziel soll eine bedarfsgerechte Aufstellung von kostenfreien, behindertengerechten Toiletten im ganzen Stadtgebiet sein
5. Der Magistrat wird beauftragt auf allen öffentlichen Toiletten, welche für Frauen und Mädchen zugänglich sind, kostenlose Monatshygieneartikel zur Verfügung zu stellen.

## 7. 21-F-10-0007

Anfragen an das Gesundheitsamt wegen psychologischer Hilfe für Kinder und Jugendliche während der Corona-Kontaktbeschränkungen  
- Antrag der AfD-Fraktion vom 23.06.2021 -

Laut den Ergebnissen einer Studie (COPSY-Studie), die das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) von Mitte Dezember 2020 bis Mitte Januar 2021 zu den Folgen des Lockdowns bei Kindern durchführte, zeigt fast jedes dritte Kind in Deutschland zehn Monate nach Beginn der Corona-Kontaktbeschränkungen Hinweise auf eine psychische Belastung. Vor der Pandemie war es jedes fünfte Kind.  
Es zeigen sich vor allem depressive und psychosomatische Symptome. Kinder aus sozial schwachen Haushalten sind besonders betroffen.

Hilfsangebote und Therapieplätze waren schon vor Beginn der Corona-Maßnahmen knapp und die Wartezeiten für Therapieplätze lang.

Der Ausschuss für Soziales, Integration, Kinder, Familie und Wohnen wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten:

1. verzeichnete das Gesundheitsamt in den Monaten seit Beginn der Corona-Maßnahmen ein erhöhtes Aufkommen an Fragen nach psychologischer Hilfe für Kinder und Jugendliche? Falls ja, wie viele waren dies im Verhältnis zu der Zeit vor den Corona-Maßnahmen?
2. Welche Auskunft erteilt das Gesundheitsamt in solchen Fällen?
3. In wie vielen Fällen konnte den Eltern bzw. den Kindern und Jugendlichen geholfen werden?
4. Wie viele Therapeuten für Kinder und Jugendliche gibt es in Wiesbaden und wie ist die Auslastung momentan?
5. Mit welcher Entwicklung rechnet die Landeshauptstadt bei der Nachfrage nach psychologischer Hilfe für Kinder und Jugendliche in den nächsten zwei Jahre?
6. Kann diese Nachfrage mit den bestehenden Kapazitäten gedeckt werden? Falls nein, welche Maßnahmen sind geplant, um das Angebot zu verbessern?

## 8. 21-F-22-0005

Von Armenien lernen - Ein Tumo-Zentrum für Wiesbaden  
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 23.06.2021 -

Laut Medienberichten plant die Bundesregierung die Einrichtung von IT-Lernzentren für Kinder und Jugendliche in ganz Deutschland. Vorbild sollen die in Armenien erfolgreich eingeführten sogenannten „Tumo-Zentren“ sein. Dort wurden von einer privaten Initiative mittlerweile vier digitale Jugendzentren eröffnet, die allen Interessierten offenstehen.

In Tumo-Zentren können Kinder und Jugendliche in offenen Formaten digitale Fähigkeiten wie Programmieren, computergestütztes Modellieren erlernen und anwenden. Das erste Tumo-Zentrum liegt in dem nach dem armenischen Nationalschriftsteller Hovhannes Tumanyan benannten Tumanyan-Park, auch „Tumo“ genannt.

Tumo ist ein Konzept, das sich speziell an Jugendliche im Alter von 12-18 Jahren richtet und zum Ziel hat, das Interesse für digitale Technologien zu wecken und zum selbstständigen Lernen anzuregen.

Laut Bundesbildungsministerin Karliczek identifiziere die Bundesregierung derzeit aktiv Regionen im Bundesgebiet, die zukünftig Heimat eines Tumo-Zentrums werden könnten. Digitale Lernzentren können in Wiesbaden an der Schnittstelle zwischen Schulen, Jugendarbeit und Einrichtungen wie der Stadtbibliothek arbeiten und die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für Technik begeistern.

*Der Ausschuss möge daher beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten, sich aktiv um die Ansiedlung eines Tumo-Zentrums in Wiesbaden zu bewerben und dabei bestehende Angebote in der LHW aktiv in die Konzeption miteinzubeziehen.

## 9. 21-F-14-0001

Vonovia - Initiative zum Ankauf von Wohnungen durch Dezernat VI  
- Antrag der Fraktion Volt vom 21.06.2021 -

Am 24. Mai 2021 wurde durch die Unternehmen Deutsche Wohnen SE und Vonovia SE der Abschluss einer Vereinbarung über den Zusammenschluss der beiden Unternehmen bekanntgegeben.<sup>1</sup>

Mit der Fusion zwischen Vonovia SE und Deutsche Wohnen SE soll Europas größter Wohnungskonzern entstehen. Faktisch kommen Vonovia und Deutsche Wohnen nach einem Zusammenschluss auf einen Marktanteil von etwa zwei Prozent. Eine stärkere Konzentration wird es hingegen künftig auf dem Berliner Mietmarkt geben. Hier stehen etwa 73 Prozent der 155.000 Objekte der Deutsche Wohnen, auch Vonovia ist dort mit mehr als 43.000 vertreten. Zusammen kommen sie auf etwa neun Prozent der

---

<sup>1</sup> <https://www.deutsche-wohnen.com/ueber-uns/presse-news/pressemitteilungen/deutsche-wohnen-und-vonovia-unterzeichnen-vereinbarung-ueber-zusammenschluss-beider-unternehmen>

Wohnungen in Berlin.<sup>2</sup>

Um den Bedenken einer zu starken Konzentration im Berliner Wohnungsmarkt zu begegnen haben die beiden Unternehmen angekündigt, dass sie dem Land Berlin anbieten, eine signifikante Anzahl an Wohnungen aus ihrem Bestand zu erwerben.<sup>3</sup> Die Rede ist dabei von 20.000 Wohnungen, die kurzfristig (Ende August 2021) veräußert werden sollen.<sup>4</sup>

Am 26. Mai 2021 hat Wohnungsdezernent Christoph Manjura auf Facebook angesichts der jüngsten Fusionspläne mit der Deutsche Wohnen und des geplanten Verkaufs von 20.000 Wohnungen an das Land Berlin, Vonovia aufgefordert auch mit der Stadt Wiesbaden über einen Ankauf von Wohnungen durch die städtische GWW zu verhandeln. Eine Aufforderung der Vonovia zur Aufnahme von Verhandlungen soll auch per Brief erfolgen.<sup>5</sup>

Volt unterstützt die Initiative um ganz im Sinne von "Wohnen wie in Wien" einen höheren Bestand an Wohnungen im Besitz der Stadt zu halten. Es stellen sich u.E. jedoch einige Fragen, die gleich zu Beginn einer solchen Initiative zu klären sind.

Vor diesem Hintergrund möge der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

- Welche konkreten Schritte wurden durch das Dezernat VI - Dezernat für Soziales, Bildung, Wohnen und Integration ergriffen, um mit der Vonovia SE in Kontakt zu treten?
- Hat die Vonovia SE hierauf bereits geantwortet und wenn ja, wurde grundlegendes Interesse oder Ablehnung bekundet?
- Die Vonovia SE verfügt in Wiesbaden über rund 2.500 Wohnungen.<sup>6</sup> Wie hoch ist die Zahl der Wohnungen, die das Wohnungsdezernat anstreben würde zu erwerben und welche Vorüberlegungen zu Standorten und vor allem zur Finanzierungen wurden bereits getroffen?
- In den Pressemitteilungen der Gesellschaften werden auch Aussagen zu Mietpreisbegrenzungen für den Berliner Wohnungsbestand getroffen.<sup>7</sup> Die Mietpreisbegrenzung wäre demnach räumlich begrenzt und würde nicht für Wiesbaden gelten, obwohl das Mietniveau bei Vonovia-Wohnungen in Wiesbaden nach Aussagen des Mieterbund Wiesbaden u. Umgebung e.V. wohl bereits sehr hoch und häufig oberhalb des Mietspiegels ist.<sup>8</sup> Ist auch hier eine Initiative des Wohnungsdezernats geplant?

---

<sup>2</sup> <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/unternehmen/vonovia-deutsche-wohnen-fusion-sorgen-mieter-101.html>

<sup>3</sup> <https://www.deutsche-wohnen.com/ueber-uns/presse-news/pressemitteilungen/deutsche-wohnen-und-vonovia-unterzeichnen-vereinbarung-ueber-zusammenschluss-beider-unternehmen>

<sup>4</sup> <https://taz.de/Fusion-von-Vonovia-und-Deutsche-Wohnen!/5774199/>;  
[https://de.vonovia-st.de/download/companies/ma1056/1056\\_01further/20210524\\_VonoviaDeutscheWohnen\\_praese\\_03.pdf](https://de.vonovia-st.de/download/companies/ma1056/1056_01further/20210524_VonoviaDeutscheWohnen_praese_03.pdf)

<sup>5</sup> <https://www.facebook.com/manjura/posts/10217826096353404>

<sup>6</sup> [https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/wiesbaden/nachrichten-wiesbaden/mieterbund-glaubt-nicht-anvonovia-deal-in-wiesbaden\\_23809874](https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/wiesbaden/nachrichten-wiesbaden/mieterbund-glaubt-nicht-anvonovia-deal-in-wiesbaden_23809874)

<sup>7</sup> [https://de.vonoviasst.de/download/companies/ma1056/1056\\_01corporate/210524\\_Pressemitteilung\\_Vonovia\\_dewo.pdf](https://de.vonoviasst.de/download/companies/ma1056/1056_01corporate/210524_Pressemitteilung_Vonovia_dewo.pdf)

<sup>8</sup> [https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/wiesbaden/nachrichten-wiesbaden/mieterbund-glaubt-nicht-anvonovia-deal-in-wiesbaden\\_23809874](https://www.wiesbadener-kurier.de/lokales/wiesbaden/nachrichten-wiesbaden/mieterbund-glaubt-nicht-anvonovia-deal-in-wiesbaden_23809874)

- Vonovia SE und Deutsche Wohnen SE kündigen in ihrer Pressemitteilung außerdem an sich für die Schaffung von mehr bezahlbarem, bedarfsgerechtem und klimafreundlichen Wohnraum in Berlin einzusetzen. Explizit wird ausgeführt, dass in den nächsten Jahren 13.000 Wohnungen in Berlin gebaut werden sollen.<sup>9</sup> Gibt es Maßnahmen des Wohnungsdezernats um vergleichbare Initiativen in Wiesbaden zu fördern?

## 10. 21-A-79-0002

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

## 11. Verschiedenes

### Tagesordnung II

#### 1. 20-F-20-0021

DL 19/21-1

Ergebnisse der Bedarfsprüfung für Erhaltungssatzungen  
- *Antrag der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 18.11.2020* -  
- *Bericht des Dezernates VI vom 29.04.2021* -

#### 2. 21-F-21-0007

ANLAGE

Zukunft der Anerkennungsberatung für Zuwanderer  
- *Antrag der Fraktionen SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 17.02.2021* -  
- *Bericht des Dezernates VI vom 26.04.2021* -

#### 3. 21-F-24-0004

ANLAGE

Mobile Impfteams in Stadtteilen mit besonderen sozialen Bedarfslagen  
- *Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und FDP vom 05.05.2021* -  
- *Bericht des Dezernates II vom 07.06.2021* -  
  
- *Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 29.06.2021* -

---

<sup>9</sup> [https://de.vonovia-st.de/download/companies/ma1056/1056\\_01further/20210524\\_VonoviaDeutscheWohnen\\_praese\\_03.pdf](https://de.vonovia-st.de/download/companies/ma1056/1056_01further/20210524_VonoviaDeutscheWohnen_praese_03.pdf)



- |            |                                                                                                                                                      |                             |
|------------|------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------|
| <b>4.</b>  | <b>21-F-33-0001</b>                                                                                                                                  | <b>ANLAGE</b>               |
|            | Kinderschutz in Coronazeiten<br><i>- Antrag der Fraktionen SPD und CDU vom 17.02.2021 -</i><br><i>- Bericht des Dezernates VI vom 06.05.2021 -</i>   |                             |
| <b>5.</b>  | <b>21-V-20-0020</b>                                                                                                                                  | <b>DL 20/21-2</b>           |
|            | Investitionscontrolling 2021 zum Stichtag 03.05.2021                                                                                                 |                             |
| <b>6.</b>  | <b>21-V-50-0004</b>                                                                                                                                  | <b>DL 21/21-10</b>          |
|            | Wiesbadener SGB II Geschäfts- und Eingliederungsbericht 2020                                                                                         |                             |
| <b>7.</b>  | <b>21-V-51-0010</b>                                                                                                                                  | <b>DL 20/21-5</b>           |
|            | Bericht "Zur Wohnraumversorgung von Wiesbadener Haushalten mit niedrigem Einkommen 2021"                                                             |                             |
| <b>8.</b>  | <b>21-V-51-0016</b>                                                                                                                                  | <b>DL 19/21-5</b>           |
|            | Grundschulkinderbetreuung; Modifizierung Zuschussmodell                                                                                              |                             |
| <b>9.</b>  | <b>21-V-51-0017</b>                                                                                                                                  | <b>DL 23/21-1, 21/21-11</b> |
|            | Ausführungsvorlage Nr. 1 zum Grundsatzbeschluss Nr. 0362 vom 12.11.2020: Umwandlung von Betreuender Grundschule in Schulsozialarbeit an Grundschulen |                             |
| <b>10.</b> | <b>21-V-51-0026</b>                                                                                                                                  | <b>DL 19/21-6</b>           |
|            | Geschäftsbericht der Altenarbeit zu den städtischen sozialkulturellen Angeboten, den Seniorentreffs und den Treffpunkten aktiv - Jahresbericht 2020  |                             |
| <b>11.</b> | <b>21-V-51-0027</b>                                                                                                                                  | <b>DL 19/21-7</b>           |
|            | Koordination Ausbildungs- und Qualifizierungsbudget (KO AQB) / Beziehung-Beratung-Berufsorientierung (BBBO)                                          |                             |

12. 21-V-51-0032 DL 19/21-9

Neukonstituierung des Jugendhilfeausschusses

13. 21-V-51-0034 DL 19/21-10

Wiesbadener Monitoring für den Übergang Schule - Beruf Schuljahr 2019/2020

14. 21-V-51-0035 DL 20/21-6

Leitbild "Bildung der Zukunft" und städtisches Bildungsmanagement

15. 21-V-51-0042 DL 23/21-2, 21/21-12

Beitragsfreistellung der Kinderbetreuung im Juli 2021 als Ausgleich für coronabedingte Leistungseinschränkungen

16. 21-V-53-0004 DL 22/21-10

Zuschussgewährung an Sozialdienst katholischer Frauen e. V. für das Projekt "Babylotse"

*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 29.06.2021 -*

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Rutten  
Vorsitzender